

Volksabstimmung

Ab jetzt...Demokratie durch Volksabstimmung - Politik für die Menschen



Arbeit
Frieden
Freiheit
Gesundheit
Gerechtigkeit

Dr. Helmut Fleck, Gneisenaustraße 52c, 53721 Siegburg, Tel./Fax 02241-52830
www.demokratie-durch-volksabstimmung.de, E-Mail: info@demokratie-durch-volksabstimmung.de

Siegburg, den 26.01.2016

Einschreiben mit Rückschein

An das Bundesverfassungsgericht
Postfach 1771
76006 Karlsruhe

Eilantrag (einstweilige Anordnung) und Verfassungsklage (Organklage) der basisdemokratischen politischen Partei Ab jetzt...Demokratie durch Volksabstimmung - Politik für die Menschen, Kurzbezeichnung: Volksabstimmung (Antragstellerin) vom 19.01.2016 und 23.01.2016 (siehe anbei) gegen die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag (Antragsgegner 1 und 2)

die Antragstellerin, vertreten durch den Bundesvorstand und der vertreten durch den Bundesvorsitzenden der Partei verweist hier nochmals **vollinhaltlich** auf ihre Ausführungen in den beiden Schriftsätzen vom 19.01.2016 und 23.01.2016 nebst den beigefügten Anlagen mit den Ausführungen der allgemein anerkannten und renommierten Persönlichkeiten:

1. ehemaliger Richter am Bundesverfassungsgericht Professor Udo Di Fabio, Direktor des Instituts für Öffentliches Recht (Abteilung Staatsrecht) Universität Bonn (Anlagen 5, 6 und 12),
2. 40 verantwortungsbewusste MdB der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Anlagen 7 und 8),
3. ehemaliger Präsident des Verfassungsgerichtshofs NRW Michael Bertrams (Anlage 9),
4. ehemaliger Präsident des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier (Anlagen 10 und 12),
5. Staats- bzw. Ministerpräsidenten der Slowakei, Ungarn und Polen (Anlage 11),
6. renommierter Parteienforscher Elmar Wiesendahl (Anlage 13),
7. Präsident des ifo-Instituts Professor Hans-Werner Sinn (Wirtschaftswoche 2/08.01.2016, übernommen in den Schriftsatz Eilantrag/Organklage vom 19.01.2016),
8. Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Harvard George Borjas (Anlage 14),

- Volksabstimmung -

Ab jetzt...Demokratie durch Volksabstimmung - Politik für die Menschen

Bundesvorsitzender, Mitglied im Rat der Kreisstadt Siegburg und Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises:
Dr.-Ing. Helmut Fleck, Gneisenaustraße 52c, 53721 Siegburg,
Stellvertretende Bundesvorsitzende: Angelika Geerligs, 53819 Neunkirchen-Seelscheid
Bundesschriftführer: Klaus Augustinowski, 53844 Troisdorf,
Bundesschatzmeister: Lothar Bollwig, 53343 Wachtberg.

9. Obergrenze zur einmaligen Aufnahme von Flüchtlingen gemäß Völkerrecht der Genfer Flüchtlingskonvention (Anlage 15 und 16),
10. ehemaliger Finanzsenator von Berlin und Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank Thilo Sarrazin in der **Passauer Neuen Presse** vom 18.01.2016 (Anlage Schriftsatz vom 23.01.2016).

Die Antragstellerin verweist hier ferner nochmals ausdrücklich **vollinhaltlich** auf:

1. die **Überlastungsanzeige** der 215 Bürgermeister der Städte und Gemeinden aus NRW an die Antragsgegnerin 1 (Anlage 2),
2. die **Überlastungsanzeige** der 19 Bürgermeister der 19 Städte und Gemeinden des Rhein-Sieg-Kreises an die Antragsgegnerin 1 (Anlage 3) und
3. die **30 Fragen der Antragstellerin** vom 02.10.2015 an den Bürgermeister der Kreisstadt Siegburg, Herrn Franz Huhn, nebst den Antworten des Bürgermeisters vom 16.10.2015 zur Ratssitzung am 17.10.2015 (Anlage 3).

Die Antragstellerin verweist auch hier ausdrücklich nochmals auf ihre Anträge (siehe Seite 1 und 2 Eilantrag und Organklage vom 19.01.2016 und 23.01.2016) gemäß Art. 21 GG, verbunden mit dem Ziel, die **Rückgängigmachung der rechts- und verfassungswidrigen Maßnahmen der Antragsgegnerin 1** zu erreichen und den **Antragsgegner 2** zu einem **konstruktiven Misstrauensvotum gemäß Art. 67 GG** und zur **gesetzlichen Annullierung** der rechts- und verfassungswidrigen Regierungsmaßnahmen zu verpflichten.

Die Ziele der Antragstellerin decken sich offensichtlich mit der Forderung von Herrn Thilo Sarrazin, **die deutschen Grenzen für Flüchtlinge zu schließen**. Da er keine Anzeichen dafür bei der Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sieht, kann die Bundeskanzlerin nur durch ein **konstruktives Misstrauensvotum im Bundestag gestoppt werden**, weil sonst die Lage außer Kontrolle geraten würde.

Der Auffassung von Herrn Sarrazin schließt sich die Antragstellerin voll an und erinnert auch an den geleisteten Amtseid (Art. 56, 64 GG) und die Verantwortung nach Art. 65 GG (Richtlinienkompetenz).

Es ist auch zu prüfen, ob die Bundeskanzlerin ihre Geschäfte nach der von der Bundesregierung beschlossenen und vom Bundespräsidenten genehmigten Geschäftsordnung leitet (Art. 65 GG, letzter Satz). Diese Geschäftsordnung liegt der Antragstellerin nicht vor.

Es ist davon auszugehen, dass die Flüchtlingspolitik der Bundeskanzlerin mit der Geschäftsordnung (Art. 65 GG, letzter Satz) ebenfalls völlig unvereinbar ist.

Mitglieder, Freunde und Unterstützer der Antragstellerin (siehe Seite 9 und 10 Eilantrag und

- Volksabstimmung -

Ab jetzt...Demokratie durch Volksabstimmung - Politik für die Menschen

Bundenvorsitzender, Mitglied im Rat der Kreisstadt Siegburg und Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises:
Dr.-Ing. Helmut Fleck, Gneisenaustraße 52c, 53721 Siegburg,
Stellvertretende Bundenvorsitzende: Angelika Geerligs, 53819 Neunkirchen-Seelscheid
Bundesschriftführer: Klaus Augustinowski, 53844 Troisdorf,
Bundesschatzmeister: Lothar Bollwig, 53343 Wachtberg.

Organklage vom 19.01.2016) haben die Antragstellerin auch auf den Artikel in der aktuellen Wirtschaftswoche 4 vom 22.01.2016 von **Professor Sinn** hingewiesen: „**Die sechs Denkfehler der deutschen Flüchtlingspolitik**“ (siehe Anlage hier anbei).

Professor Sinn:

„Der unkontrollierte Zuzug von Asylbewerbern überfordert unsere Integrationskraft, provoziert neue Verteilungskämpfe - und fördert eine Wildwestgesellschaft.“

Professor Sinn:

„Es gibt keinen Rechtsanspruch auf Hilfe - und keinen Anspruch, sich die Hilfe selbst abzuholen, wenn sie nicht freiwillig geleistet wird.“

Herr Professor Sinn nennt die Denkfehler, sagt welche Argumente **falsch** sind bzw. was bei den Argumenten einfach **übersehen** wird (siehe Anlage anbei).

Der Link zum Beitrag auf der Homepage des deutschen Ökonomen Hans-Werner Sinn
http://www.hanswernersinn.de/de/Wirtschaftswoche_22012016

Der Link zum Beitrag in der Wirtschaftswoche:

<http://www.wiwo.de/politik/deutschland/fluechtlinge-die-sechs-denkfehler-der-deutschen-fluechtlingspolitik/12858816.html>

Mitglieder, Freunde und Unterstützer der Antragstellerin (siehe Seite 9 und 10 Eilantrag und Organklage vom 19.01.2016) haben die Antragstellerin ferner auf einen Artikel in der Wirtschaftswoche 1 vom 23.12.2015 über den **Investor George Soros** hingewiesen: „**Europa? Gibt´s doch nicht mehr**“ (siehe weitere Anlage anbei).

Bemerkenswerte Ausführungen in dem Artikel:

Der „Spekulant“ George Soros sei von der **Willkommenskultur der Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Flüchtlingsfrage begeistert**.

George Soros: „**Die Bundeskanzlerin Angela Merkel ist für mich schon länger die unangefochtene Anführerin Europas und damit indirekt der freien Welt.**“

Er **schätzt die wilde Entschlossenheit** der Bundeskanzlerin in der Flüchtlingsfrage.

Sein Vorschlag: „**Die EU sollte jährlich 15.000 Euro pro Asylbewerber für Wohnen, Gesundheit und Ausbildung bereitstellen. Zur Finanzierung könnte die EU langfristige Anleihen mit AAA-Kreditstatus ausgeben,**“ - also Asyl- und Flüchtlingspolitik auf Pump.

Wenn Herr Soros **Milliarden zur Demokratieförderung spendet**, versteht er sicher nicht

- Volksabstimmung -

Ab jetzt...Demokratie durch Volksabstimmung - Politik für die Menschen

Bundesvorsitzender, Mitglied im Rat der Kreisstadt Siegburg und Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises:
Dr.-Ing. Helmut Fleck, Gneisenaustraße 52c, 53721 Siegburg,
Stellvertretende Bundesvorsitzende: Angelika Geerligs, 53819 Neunkirchen-Seelscheid
Bundesschriftführer: Klaus Augustinowski, 53844 Troisdorf,
Bundesschatzmeister: Lothar Bollwig, 53343 Wachtberg.

eine Demokratie auf der Grundlage des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland oder der Verfassung anderer Länder.

Der Link zum Beitrag in der Wirtschaftswoche:

<http://www.wiwo.de/politik/europa/george-soros-europa-gibts-doch-nicht-mehr/12754350.html>

Der Leser des Artikels gewinnt den Eindruck, dass Herr George Soros der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel das **Drehbuch für ihre Flüchtlingspolitik schreibt**.

Die Antragstellerin hofft, dass diese verfassungswidrige Flüchtlingspolitik baldmöglich beendet wird.

Die Mitglieder des Bundesvorstands „Volksabstimmung“ (siehe Schriftsatz vom 19.01.2016, Anlage 1) haben alle die Schriftsätze vom 19.01.2016 (siehe auf den Seiten 8, 9 und 10) und 23.01.2016 unterschrieben und haben den Bundesvorsitzenden bevollmächtigt, auch diesen ergänzenden Schriftsatz zum Eilantrag und zur Organklage in ihrem Namen einzureichen.

Dr. Helmut Fleck
Bundesvorsitzender
-Volksabstimmung-

gez. Angelika Geerligs
stellvertretende Bundesvorsitzende
-Volksabstimmung-

gez. Klaus Augustinowski
Bundesschriftführer
-Volksabstimmung-

gez. Lothar Bollwig
Bundesschatzmeister
-Volksabstimmung-

Anlagen: 2

- Volksabstimmung -

Ab jetzt...Demokratie durch Volksabstimmung - Politik für die Menschen

Bundesvorsitzender, Mitglied im Rat der Kreisstadt Siegburg und Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises:
Dr.-Ing. Helmut Fleck, Gneisenaustraße 52c, 53721 Siegburg,
Stellvertretende Bundesvorsitzende: Angelika Geerligs, 53819 Neunkirchen-Seelscheid
Bundesschriftführer: Klaus Augustinowski, 53844 Troisdorf,
Bundesschatzmeister: Lothar Bollwig, 53343 Wachtberg.

Beitrittserklärung zum Eilantrag (einstweilige Anordnung) und Verfassungsklage der basisdemokratischen politischen Partei **Ab jetzt...Demokratie durch Volksabstimmung - Politik für die Menschen, Kurzbezeichnung: **Volksabstimmung**, vertreten durch den Bundesvorsitzenden, Herrn Dr. Helmut Fleck, Gneisenaustraße 52c, 53721 Siegburg**

zur sofortigen Wiederherstellung wirksamer Einreise- und Grenzkontrollen an den Grenzen der Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Personen, welche über einen sicheren Drittstaat nach Deutschland einreisen wollen, müssen schon an der Grenze zurückgewiesen werden, so wie es Art. 16 a (2) Asylrecht Grundgesetz und § 18 (2) Asylverfahrensgesetz vorschreiben,

Beachtung des Völkerrechts (Genfer Flüchtlingskonvention von 1951), Verpflichtung der Staaten zur einmaligen Aufnahme von 0,25 % ihrer Bevölkerung, macht bei rd. 80.000.000 Einwohner der BRD, **200.000 Asylbewerber/Flüchtlinge** (also die von Ministerpräsident Horst Seehofer genannte Obergrenze).

Ich trete dem Eilantrag (einstweilige Anordnung) und Verfassungsklage (Organklage) der Partei -Volksabstimmung- vom 19.01.2016 und den Schriftsätzen vom 23.01.2016 und 26.01.2016 bei:

Vor- und Familienname

Straße Hausnummer, PLZ Wohnort

Tel./Fax, E-Mail

Datum

Unterschrift
